

## Stellungnahme der Freie Wähler-Fraktion zum Haushalt 2021



### Bisher mit einem blauen Auge durch die Corona-Krise

Mit diesem Untertitel hat die Freie Wähler-Fraktion den Haushaltsplan 2021 und die Finanzplanung bis 2024 im Gemeinderat versehen.

Dank guter Vorjahresergebnisse konnte die Stadt **Ende 2020 liquide Mittel in Höhe von rund 7 Mio €** verbuchen, beispielsweise auch wegen 1,8 Mio € Gewerbesteuer-Kompensationsmittel vom Bund. Das bringt uns einen Vorteil für das Haushaltsjahr 2021, den wir aber auch dringend benötigen. Der Ergebnishaushalt des laufenden Jahres erwirtschaftet nämlich **ein Minus von mehr als 6 Mio €** - und damit ist die vorgenannte Liquidität bis auf die Mindestreserve auch schon wieder aufgebraucht.

Der Blick auf die Folgejahre bereitet uns Sorgen. Wir haben den Eindruck, dass einerseits das Land in die Prognose seiner Steuereinnahmen zu viel Zweckoptimismus hat einfließen lassen; in der Folge davon sind aber auch die **Prognosen der Zuweisungen vom Land an die Stadt zu optimistisch**. Und die **Reaktionsmöglichkeiten der Stadt** sind überschaubar: da wir weder eine Erhöhung der Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer noch eine massive Erhöhung der Verschuldung wollen, bleibt letztlich nur die **Verschiebung geplanter Investitionen** wie z.B. am Schulcampus in Aldingen.

Weil aber noch zusätzliche Investitionsnotwendigkeiten absehbar sind (z.B. weitere Kitas, Stadtbahn, Westrandstraße und -brücke) haben wir Freien Wähler wie bereits in drei Vorjahren mit einem Antrag angemahnt, den Blick über das Jahr 2024 hinaus schweifen zu lassen und eine **längerfristige Finanzprognose bis zum Jahr 2030** zu erstellen. Wir meinen, dass eine solche längerfristige Planung gerade in unsicheren Zeiten den Sinn hat, stabile und instabile Faktoren zu erkennen.

Wir werden auch nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Stadt Remseck am Neckar das Problem einer **strukturellen Unterfinanzierung im Ergebnishaushalt** hat. Dies ist nicht zuletzt dadurch bedingt, dass seit dem Jahr 2016 der Zuschussbedarf für Verwaltung und Betrieb von rund 20 Mio € um fast 50% auf etwa 28 – 30 Mio € angestiegen ist. Wesentlicher Grund dafür ist die **Schaffung neuer Personalstellen** – die meisten davon waren zwingend, da sie im Bereich Bildung und Betreuung angesiedelt sind.

Neben **22 Anfragen**, auf die wir schriftliche Antworten erhalten haben, **haben wir fünf Anträge gestellt**. So haben wir die Erweiterung des **Gewerbegebiets am Erlenrainweg** beantragt und freuen uns, dass die Verwaltung dazu bereits Planungen anstellt. Auch unser Antrag, eine Übersicht über den **Sanierungsaufwand aller städtischen Liegenschaften** – insbesondere in energetischer Hinsicht – zu erstellen, wird von der Verwaltung aufgegriffen.

Unser Antrag auf Erarbeitung eines **Notfallkonzeptes zur Sicherstellung der städtischen Infrastruktur auch in Krisenzeiten** wird einige Zeit und etlichen Aufwand erfordern. Den Vorrang sollte dabei der störungsfreie Betrieb der Informations- und Kommunikationssysteme auch bei Stromausfall haben; aber auch andere Notfallsituationen wie Hochwasser, Unwetter oder Pandemien sollen systematisch betrachtet werden.

Wir hatten auch beantragt, nach dem positiven Bürgerentscheid jetzt eine „**Masterplanung für Westrandstraße/Westrandbrücke und die Abschnitte II und III der Neuen Mitte**“ im Rat zu diskutieren. Dabei soll es beispielsweise um die Aufgabenverteilung zwischen Stadt und Land, um städtebauliche Wettbewerbe sowie um die Bodenordnung gehen. Wir freuen uns, dass die Verwaltung hierfür bereits eine **Klausurtagung des Rates** Mitte Oktober avisiert hat.